

Nachhaltige Schulreformen?

"Es ist in unseren Augen unerträglich, dass in immer kürzeren Zeiträumen die Spielregeln geändert werden und dass niemand mehr, weder Schüler noch Lehrer und Eltern am Ende des Schuljahres weiß, was am Anfang des nächsten auf ihn zukommt", so die Association des Professeurs de l'Enseignement Secondaire et Supérieur (Apress). Gerade die jüngsten Aussagen der Unterrichtsministerin Mady Delvaux-Stehres sowie einiger Schulleiter in den Schlusskonferenzen des letzten Schultrimesters lassen laut Apress darauf schließen, dass das Ministerium in Sachen 'Neue Promotionskriterien' zurückrudert. So soll wieder eine Punktegrenze (20 Punkte) eingeführt werden, ab der ungenügende Noten kompensiert werden dürfen. Auch die Gesamtdurchschnittsnote, mit der man unabhängig von der Zahl der ungenügenden Noten sein Jahr bestanden hat, soll von bisher 40 auf 45 Punkte heraufgesetzt werden. Gerade diese Verbesserungen, die das Ministerium nun anscheinend machen wolle, seien im Vorfeld von Schulgewerkschaften verlangt worden, ohne dass das Ministerium darauf gehört habe. Obwohl die Apress die Anpassungen an sich begrüßt, kritisiert sie die Art des Reformierens: Voreilig habe das Ministerium ein Regelwerk eingeführt, bei dem nun schon zum x-ten Mal an den Promotionskriterien herumgedoktert würde - so dass einige Schüler mittlerweile mit der vierten Variante konfrontiert würden. "Dieses nicht enden wollende Wirrwarr wird die Glaubwürdigkeit der Institution Schule leichtfertig aufs Spiel setzen", so die Apress.

Findel: Business oder Nato?

Beim Hearing "Fir en zukunftsfähige Findel" im vergangenen Mai legte Marc Faber, Direktor von Lux-Airport SA, eine lange Liste vor. Darin sind jene Zuständigkeiten aufgezählt, die sein Unternehmen gerne von anderen Akteuren, insbesondere von der Flughafenverwaltung, übernehmen möchte. Diese widersprachen dem Vorhaben energisch. Die Entscheidung des Regierungsrats vom 28. Juli, aus der Flughafenverwaltung ein Etablissement public zu machen, könnte ein erster Schritt in die von Faber gewünschte Richtung sein. Das jedenfalls befürchtet die Staatsbeamtenengewerkschaft CGFP in einem Communiqué. Sie lehnt den Wildwuchs von Etablissements publics grundsätzlich ab. Auch der OGBL warnt vor der "Privatisierung hoheitsrechtlicher Aufgaben". Die als links geltende Gewerkschaft geht sogar so weit, den Status des Findel als Nato-Flughafen gegen die Ausweitung der Zuständigkeiten von Lux-Airport ins Feld zu führen. Auch die Personalvertretung des Findel bezeichnet in einem Communiqué die Statutenänderung der Flughafenverwaltung als einen Bruch des sozialen Dialogs und droht mit gewerkschaftlichen Aktionen.

Altruistisch Abschieben

Ein Großteil der Regierung befindet sich momentan in der Sommerfrische und genießt die damit verbundene Luftveränderung. Diesen Vorzug wollte man offenbar auch 22 Asylbewerbern nicht vorenthalten, die in Folge der Ablehnung ihres Antrags am vergangenen Dienstag in die serbische Republik abgeschoben wurden. Die Ausweisung erfolgte, obwohl die Regierung großzügig die "wohlwollende" Prüfung der Wünsche und Schutzbedürfnisse der um Asyl ansuchenden Familien zugesagt hat. Die vier Familien und drei Singles lebten zum Teil bereits seit acht Jahren in Luxemburg, die Kinder gingen seit Jahren hier zur Schule. Der Verwaltungsrat der Asti protestierte gegen die Abschiebungen und forderte Premierminister Juncker erneut dazu auf, sich endlich gemeinsam mit der Asti und den Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen. Ein Zusammenschluss von Gewerkschaften und Vereinen fordert die Vergabe von dauerhaften Aufenthaltsgenehmigungen - verknüpft mit bestimmten Rechten - für all jene Personen, die seit dreißig Monaten in Luxemburg leben. Man hoffe, dass der Premierminister sich nicht ebenso lange Zeit lasse, um einen Gesprächstermin zu finden, so die Asti in ihrer Erklärung.

Henri Goedertz war einer von über 24.000 Teilnehmern der Welt-Aidskonferenz, die vergangene Woche in Toronto stattgefunden hat. Das pessimistische Resümee vieler Kommentatoren mag er nicht teilen: "Die Konferenz hat in den vergangenen Jahren an politischer Bedeutung hinzugewonnen".

(Foto: Christian Mosar)



AIDS

"Wenn der politische Wille fehlt, erreicht man nichts"

woxx: Sie sind soeben von der Welt-Aidskonferenz in Toronto zurückgekehrt. Was hat den markantesten Eindruck auf Sie hinterlassen?

Henri Goedertz: Ich war noch nie auf einer Konferenz, die von über 20.000 Leuten besucht wurde. Das war sehr beeindruckend.

Wie kann man unter solchen Bedingungen überhaupt arbeiten?

Die Kanadier haben das relativ gut organisiert. Es gab Veranstaltungen und Vorträge für die verschiedenen wissenschaftlichen Bereiche, die eigentlich selten überlaufen waren. Zudem gab es das "global village", in dem die 132 beteiligten Länder ihre Arbeit vorstellen konnten.

Was genau hatten Sie persönlich dort zu tun?

Wir haben seit 2003 im Senegal ein Kooperationsprojekt laufen, das vor allem illegale Sexarbeiterinnen betreut. Es handelt sich dabei um eine mobile Klinik, die von Gynäkologen geleitet wird. Die fahren in die verschiedenen Städte und Vororte und bieten den Prostituierten die Diagnose und Therapie sexuell übertragbarer Krankheiten an. Dazu gehören HIV-Tests und seit 2006 auch eine entsprechende Behandlung. Wir sind nach Toronto gegangen, um dort die Resultate der Jahre 2003 bis 2005 vorzustellen.

Kritiker monieren ein mangelndes Interesse internationaler Politiker am Kampf gegen HIV. Gilt das auch für Toronto?

Ich fand eigentlich, dass relativ viele Politiker dort waren, darunter auch hochrangige Leute. Bill Clinton etwa. Ich habe zwei seiner Reden miterlebt, einmal sprach er vor 15.000 Menschen. Das war schon beeindruckend, denn Clinton weiß genau, was er tut und kann das auch sehr gut vermitteln. Ein Schwerpunkt der Konferenz hat sich ausschließlich mit den politischen Aspekten der HIV-Infek-

tion beschäftigt. Eine der Botschaften, die von der Konferenz ausgehen sollten, war ja: Wenn der politische Wille fehlt, wird man überhaupt nichts erreichen.

Welche Themen wurden hinsichtlich der HIV-Bekämpfung als vordringlich eingestuft?

In den letzten Jahren hat man den Akzent fast ausschließlich auf die Behandlung gelegt. Mittlerweile hat man festgestellt, dass das nicht ausreicht. Momentan werden 1,6 Millionen Menschen mit der so genannten Kombinationstherapie behandelt, im vergangenen Jahr haben sich jedoch vier Millionen Menschen angesteckt. Wenn man also nicht gleichzeitig auf die Prävention setzt, wird sich das Blatt nicht zum Besseren wenden. Man muss versuchen, Therapie und Prävention zu kombinieren.

Wie deckt sich diese Analyse mit der Situation in Luxemburg?

Ich will nicht behaupten, dass Luxemburg bereits die richtige Antwort auf alle Probleme gefunden hat. Ich glaube aber, dass die Prävention in den Bereichen Drogen, Schule, Jugendliche und Prostitution relativ gut geklappt hat, und dass die Zusammenarbeit zwischen Medizinern und Sozialarbeitern bisher gut funktioniert. Das gilt meiner Meinung nach für die meisten europäischen Länder. Ein Problem hinsichtlich der Prävention sehe ich eher bei den neuen Migranten und den Illegalen. Für diese Gruppen muss die Präventionsarbeit noch intensiviert werden.

In Luxemburg ist die Zahl der Neuinfizierten in den vergangenen Jahren jedoch wie-

der angestiegen. Führt die Entwicklung neuer Medikamente auch dazu, dass die Krankheit weniger ernst genommen wird?

Das spielt sicherlich eine Rolle. Nicht nur in Luxemburg, sondern in ganz Europa. Wenn man sich die Statistiken anschaut, dann wird man überall einen Anstieg der Neuinfektionen feststellen. Das wird teilweise durch Migration verursacht, zum Teil aber auch dadurch, dass HIV nicht mehr als so bedrohlich wahr genommen wird. Die Medikamente sind ja tatsächlich wirksam, es macht also keinen Sinn, das Gegenteil zu behaupten. Es findet aber keine Heilung statt. Wenn man keine Medikamente nimmt, bleibt die Infektion immer noch tödlich. Viele Leute sagen sich wahrscheinlich dennoch: Okay, ich gehe das Risiko ein, im Falle einer Infektion kann ich ja eine Behandlung bekommen und muss nicht sterben. Den Leuten zu vermitteln, dass man dann sein Leben lang Pillen einnehmen muss, mit eventuellen Nebenwirkungen, ist nicht einfach.

Bereits im vergangenen Jahr wurde in Luxemburg eine Task Force HIV/Aids gegründet. Worin bestand deren Arbeit?

Die Task Force hat vor nicht allzu langer Zeit ihren Bericht dem Gesundheitsminister übergeben. Anfang September wird er die Resultate und einen entsprechenden Fünf-Jahres-Plan vorstellen. In dieser Zeitspanne sollen die nötigen Maßnahmen realisiert werden. Natürlich geht es dabei immer auch um einen

Kompromiss mit der budgetären Situation. Ein Teil wurde jedoch bereits umgesetzt. Seit April ist eine Sozialarbeiterin eingestellt, die sich hauptamtlich um die Prävention bei Migranten kümmert. Das war auch eine dringende Forderung von uns.

In der Berichterstattung über die Konferenz wurde auch immer wieder betont, die Medikamente seien - vor allem für Betroffene in der "Dritten Welt" - zu teuer.

Soweit ich das mitbekommen habe, sind die Preise momentan nicht das Problem. Die Sorge geht eher dahin, dass die Medikamente auch zu den Leuten gelangen, die sie brauchen. Es besteht ein Defizit an Medizinern, an Krankenschwestern etc. Es reicht ja nicht aus, irgendwo mit dem Flugzeug Medikamente abzuwerfen, selbst wenn diese gratis wären.

Es geht also gar nicht ums Geld?

Doch, darum geht es sicherlich auch. Um das von den G8-Staaten erklärte Ziel zu erreichen, die für das Jahr 2010 für alle Betroffenen eine medikamentöse Behandlung garantiert, wird noch viel mehr Geld benötigt, als jetzt vorhanden ist. Man muss aber auch Geld in die Ausbildung derer stecken, die diese Behandlung dann vornehmen können.

Der Global Fund hat errechnet, dass man für eine adäquate Behandlung aller Betroffenen jährlich 23 Milliarden Dollar aufwenden muss.

Mehr noch: Im Jahr 2010 bräuchte man wahrscheinlich bereits über 30 Milliarden.

In einem Interview haben Sie sich jedoch diesbezüglich zuversichtlich geäußert. Sind Sie ein Fantast?

Die G8-Mitglieder haben sich zum Ziel gesetzt, diese Summe aufzubringen. Es steckt nichts fantastisches dahinter, das zu erwarten, was bereits zugesagt wurde.

Neunzig Prozent aller Betroffenen wissen gar nichts von ihrer Infektion. Wie kann man dagegen angehen?

Momentan kommt das so genannte "opt-out-testing" in die Diskussion. Botswana praktiziert dieses beispielsweise. Dabei wird man automatisch bei jedem Gang zum Arzt getestet, außer man lehnt es ausdrücklich ab. Eine Art freiwilliger Routine-test also. Das macht aber eigentlich nur Sinn, wenn man daraufhin auch eine Behandlung vorschlagen kann. Kritiker äußern zudem die Befürchtung, dass die Freiwilligkeit nach und nach auf der Strecke bleibt und die Leute einfach reihenweise getestet werden, ohne auf etwaige soziale Konsequenzen zu achten. Diese können sich über Ausgrenzung und Diskriminierung äußern. Man kann natürlich entgegenen, dass Routinetests einer Stigmatisierung entgegenwirken. Ich selbst habe dazu keine klare Meinung. Ich denke jedoch, dass man auch in Europa die Tests viel offensiver propagieren sollte.

Das Gespräch führte Thorsten Fuchshuber

Zur Person

Henri Goedertz arbeitet seit 1988 als Psychologe bei der Aidsberodung des Roten Kreuzes. Er ist außerdem Mitglied im Aidskomitee und hat in der Task Force HIV/Aids mitgewirkt, um Maßnahmen für einen Fünf-Jahres-Plan auszuarbeiten, den Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo im Herbst vorstellen wird.